

Jubiläumsveranstaltung «50 Jahre SGA-ASPE» am 15.6. 2018 im Berner Rathaus

### **Rede der abtretenden Präsidentin Gret Haller**

Als ich vor vier Jahren das Präsidium der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik übernommen habe, wusste ich nicht, was da auf mich zukommen würde. Ich wusste nur, dass die Schweiz mit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 über die sogenannte "Masseneinwanderungsinitiative" in eine bedrohliche Schieflage geraten war. Und ich war nicht bereit, das hinzunehmen.

Was mich erwartete, war ein ziemliches Mass an Arbeit, aber ich fand mich zusammen mit Leuten, welche diese Arbeit mit mir teilen wollten. Was wir in diesen vier Jahren in der SGA und mit ihr erreicht haben, war und ist nach wie vor weitgehend davon abhängig, aus welchen Bereichen die Vorstandsmitglieder Vorwissen und Können mitbringen. Und da muss ich gestehen, dass ich eine ausserordentlich glückliche Konstellation vorfand. Selten habe ich in einer politischen Aktivität so gut und kreativ mit anderen zusammenarbeiten können, und dafür möchte ich allen Beteiligten ganz herzlich danken.

Es ist in den vergangenen vier Jahren nun doch gelungen, in der Schweiz eine Gegenposition zum populistischen Nationalismus aufzubauen – ein Nationalismus, der sich übrigens sehr europäisch ausnimmt, denn er unterscheidet sich kaum vom Nationalismus, wie er sich in anderen europäischen Ländern manifestiert. Die SGA hat versucht, zu dieser Bewegung für eine offene Schweiz einen Beitrag zu leisten, und zwar den Beitrag, der ihrer Mitgliedschaft und ihrer inneren Struktur angemessen ist. Dabei habe ich eine Erfahrung gemacht, die ich hier nicht unerwähnt lassen möchte.

Die Bewegung für eine offene Schweiz, die heute nun auch erste Abstimmungserfolge verzeichnen kann, ist weit davon entfernt, durchstrukturiert zu sein, und genau das macht ihre Stärke aus. Es sind ganz verschiedene Gruppierungen, grosse und manchmal auch ganz kleine, die sich dann schliesslich zu einem Strom vereinigen, der sich gegen den populistischen Nationalismus durchsetzen kann. Aber in diesem Strom ist nicht mehr zu erkennen, wer was beigetragen hat, und das ist gut so, denn genau das macht seine Stärke aus.

Und jetzt mache ich einen Sprung und komme nochmals auf den Satz im Buch unseres Gastes aus Österreich, Dr. Heinz Fischer zurück, den Satz, den ich schon einmal zitiert habe, als ich dessen Festrede ankündigte: «Über die Zukunft des europäischen Kontinentes und über das optimale Ausmass an Integration muss noch viel Gedankenarbeit geleistet werden, zu der wir alle aufgerufen sind.» Meine Damen und Herren – auch die Schweiz ist dazu aufgerufen, zu dieser Gedankenarbeit beizutragen. Nicht nur einzelne Schweizerinnen und Schweizer sind dazu aufgerufen, sondern auch unser Gemeinwesen als Ganzes.

Es ist doch völlig widersinnig, sich in diese Arbeit nicht einzubringen, angesichts unserer historischen Erfahrung. Wir haben die Erfahrung, wie 25 oder heute 26 Kantone und Halbkantone in föderaler Weise aufeinander zugehen und einen Teil ihrer Souveränität zusammenschliessen, weil die Souveränitätsteilung einen Souveränitätsgewinn zur Folge hat. Wir haben die Erfahrung, wie langsam solche Prozesse notwendigerweise vor sich gehen. Und wir haben die Erfahrung, dass immer wieder neu austariert und ausdiskutiert werden muss, wie man solche Strukturen handhaben will.

Oder unser Regierungssystem. Lassen Sie mich dazu kurz ein Gedankenexperiment anstellen. Ich gehe aus von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, welche schon seit längerem durch national-populistische Parteien regiert werden, Ungarn und Polen. Nun

scheint das in beängstigender Weise um sich zu greifen, Italien ist hinzugekommen, kürzlich auch Slowenien, und was die Wahlen in Schweden bringen werden, ist offen.

Und wie ist das in der Schweiz? Keine Partei kann in der Schweiz die Regierung übernehmen, auch wenn sie am meisten Mandate in der Bundesversammlung errungen hat. Nun werden Sie mir sagen, das Schweizerische Regierungssystem sei eine notwendige Folge der direkten Demokratie. Das stimmt, denn wenn nicht alle grösseren Parteien in der Regierung vertreten sind, gewinnt der Bundesrat keine Abstimmungsmehrheiten. Aber das umgekehrte stimmt keineswegs. Direkte Demokratie ist keine Voraussetzung für eine Mehrparteien- oder sogar Allparteien-Regierung. Damit will ich keineswegs sagen, dass wir unser Regierungssystem irgendwohin exportieren sollen. Aber wir haben nun einmal einen Erfahrungsschatz, der im Gespräch mit anderen Europäerinnen und Europäern interessant sein kann. Stichworte dazu heissen «Minderheitsregierung» oder «Regieren mit wechselnden parlamentarischen Mehrheiten», um nur zwei Beispiele zu nennen. Das ist nicht das selbe wie bei uns, aber Anklänge bestehen dennoch.

Meine Damen und Herren, die EU befindet sich in einer existentiellen Krise, die über die rein ökonomische der EURO-Krise hinausgeht, und die auch mit der Flüchtlingskrise nicht ausreichend erklärt werden kann. Es geht um eine Neudefinition des politischen Willens, zusammen eine länderübergreifende Struktur der Freiheitsgarantie nicht nur weiterzuführen, sondern weiterzuentwickeln.

Das kann der Schweiz nicht egal sein, denn längst beruhen auch unsere Freiheitsgarantien zwar zum Teil immer noch auf unserem nationalem Recht, darüber hinaus auf den Freiheitsgarantien des Europarates und der UNO, aber in rasch zunehmendem Mass auch auf den Freiheitsgarantien der Europäischen Union. Eine Schwächung dieser Union oder gar ihr Auseinanderfallen würde unsere Freiheitsgarantien in Mitleidenschaft ziehen. Und deshalb haben wir eine Verantwortung dafür, uns in diese Union einzubringen und zur heute dringend notwendigen Gedankenarbeit beizutragen.

Ich bin stolz auf meine Schweiz, auf ihre Rechts- und Staatskultur, auf ihre politische Kultur. Ich möchte, dass unsere Rechtskultur, unsere politische Kultur und unser Staatsverständnis durch schweizerische Mitglieder des Europäischen Parlamentes dort eingebracht werden. Und in der selben Absicht möchte ich, dass es einen schweizerischen EU-Kommissar oder eine EU-Kommissarin gibt. Ich möchte, dass wir Einfluss nehmen auf die Bestimmungen des EU-Rechtes, die ja bereits heute teilweise auch für uns gelten. Dies im Wissen darum, dass die demokratische Mitwirkung in der Union in Entwicklung begriffen ist und weiterentwickelt werden muss. Aber gerade deshalb möchte ich, dass wir diese langsame Fortentwicklung der demokratischen Mitwirkung in der Union mitbestimmen.

Ein letztes noch: Dass ich in der Union nicht demokratisch mitwirken kann wie die Bürger unserer Nachbarstaaten, die immerhin das Europäische Parlament wählen und Europäische Bürgerinitiativen unterzeichnen können, diese Situation erinnert mich die Jahre vor 1971, nachdem ich mit 20 Jahren volljährig geworden war. Das schweizerische Recht galt damals auch für mich, aber weil das Frauenstimmrecht noch nicht eingeführt war, hatte ich zur Ausgestaltung dieses Rechts nichts zu sagen. Das empfand ich damals als politisch unwürdig. Es wäre interessant, die um Jahrzehnte verspätete Einführung des Frauenstimmrechtes historisch zu analysieren und zu vergleichen mit dem um Jahrzehnte verspäteten EU-Beitritt der Schweiz. Vielleicht lassen sich aus einem solchen Vergleich interessante Strategien ableiten.